

Publik Forum

DOSSIER

Frieden für Syrien – aber wie?

Kirchen und Verbände machen Vorschläge

Gesichter des Friedens

Sie engagieren sich in dieser Welt

Ist die Welt noch zu retten?

Was uns verbindet



Krieg ist
keine Lösung
Alternativen zum Militär



Inhalt

Der Wind hat sich gedreht	3
Deutschlands Sicherheits- und Friedenspolitik	
»Das letzte Tabu ist gebrochen«	4
Waffenexporte. Fragen an Jürgen Grässlin	
Gesichter des Friedens	6
Sie engagieren sich in dieser Welt	
Verhandeln statt schießen!	8
Pazifistische Lösungen für Terrorismus	
Frieden in Syrien – aber wie?	9
Unsere Partner	10
Sucht den Frieden und jagt ihm nach	12
Vier Erfahrungsberichte	
Ist die Welt noch zu retten?	13
»Macht Frieden«	14
Initiativen und Organisationen schreiben	
Aktionen und Adressen 15	

Impressum

Publik-Forum Dossier:

Krieg ist keine Lösung - Alternativen zum Militär

Herausgeber: Publik-Forum; Forum Ziviler Friedensdienst e.V.; Versöhnungsbund deutscher Zweig; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen; die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges; die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden; das Netzwerk Friedenskooperative; der Friedenskreis Halle.V.; der Friedenskreis Pankow

Redaktion: Bettina Röder (v.i. S. d. P.); Markus Dobstadt

Gestaltung: Andreas Klinkert

Titelfoto: pa/dpa/Valery Sharifulin

Verleger: Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Richard Bähr; ladungsfähige Anschrift für Redaktion und Verlag: Krebsmühle, D-61440 Oberursel

Postanschrift: Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel

Telefon: 06171/7003-0

Fax: 06171/7003-40

E-Mail: verlag@publik-forum.de

Web: www.publik-forum.de

Druck: apm alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

© Oktober 2016

Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH

Liebe Leserin, lieber Leser,

sie sitzen tief im Kopf und Herzen, die Bilder vom zerstörten Aleppo mit den leidenden Kindern, Alten, Männern und Frauen. Doch bekanntlich ist nicht nur in Syrien Krieg. Auch in anderen Gegenden der Welt brennt es, der Terror ist sogar vor unserer Haustür angekommen. Und Deutschland, in vielen Ländern hoch geachtet, rüstet auf. Das Budget für das Militär im Bundeshaushalt ist in den letzten 25 Jahren nie so rasant gesteigert worden wie jetzt. Gleiches gilt für die Rüstungsexporte. Dabei ist klar: Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge. In diesen Tagen sind wir gefordert, sie in ihrer Not anzunehmen. Auch das erfahren wir gerade hautnah.

Doch Grund zur Resignation ist das alles nicht. Denn es gibt sie: die Friedensorganisationen, die mit kreativen Ideen, Aktionen und harter Arbeit vor Ort versuchen, gegen all das Leid, gegen die Kriege und die Verzweiflung ohne Gewalt anzugehen. Davon berichtet dieses Dossier: von Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben. Und Gewaltfreiheit heißt für sie nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil.

Dazu zählen auch jene Organisationen und Initiativen, die dieses Dossier mittragen. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Sie alle arbeiten unermüdlich für eine friedlichere Welt. Viele haben sich in der letzten Zeit eingemischt, sich mit Briefen an die Bundesregierung und den Bundestag gewandt. Auch darüber berichten wir. Im übrigen: Noch sind nicht alle Messen gesungen. Endgültig entscheidet das deutsche Parlament im November oder Dezember über Wehretat und Syrieneinsatz.

Spätestens hier wird deutlich: Die Kraft der Basis ist viel stärker als angenommen, die Akteure müssen voneinander wissen. Auch dazu will dieses Dossier beitragen. Jeder und jede kann mitmachen, in kleinen Schritten helfen, diese Welt ein Stück friedlicher zu machen. Ermutigende Beispiele gibt es genug. Und die Erkenntnis, dass nirgendwo auf dieser Welt Kriege die Probleme lösen können.

»Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.« Der Schriftsteller Erich Fried hat das gesagt. Wir haben seinen Satz auf der Rückseite dieses Dossiers gedruckt. Weil das ein gutes Motto für die Zukunft ist. Eine spannende Lektüre und viel Mut zum Engagement wünscht



Ihre Bettina Röder

Das Publik-Forum Dossier »Krieg ist keine Lösung. Alternativen zum Militär« wird von folgenden Organisationen mitgetragen: *Forum Ziviler Friedensdienst e.V.*; *Versöhnungsbund deutscher Zweig*; *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen*; *die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges*; *die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden*; *das Netzwerk Friedenskooperative*; *der Friedenskreis Halle. V.*; *der Friedenskreis Pankow*



Der Wind hat sich gedreht

Wie sich Deutschlands Sicherheits- und Friedenspolitik ändert – und was dagegen zu setzen ist

Von Bettina Röder

Da steht er wieder vor diesem Tor des Militärgeländes. Unbeirrbar. Dann wiederholt sich das immer gleiche Ritual. Die Soldaten fordern ihn auf, den Platz zu verlassen. Polizei bringt ihn zur weiter unten gelegenen Zugangsstraße, wo er noch ein paar Flugblätter verteilt. Dann ist alles vorbei. Oder eben auch nicht. Ständig wird er gerichtlich belangt, saß auch schon mal für sein Engagement im Knast. Denn Hermann Theisen, der 52-jährige Sozialarbeiter und Familienvater aus Freiburg, demonstriert nicht irgendwo. Er demonstriert am gefährlichsten Ort dieses Landes: In Büchel in der Eifel, wo zwanzig Atomsprengköpfe der Amerikaner lagern. Es geht um die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen der Nato-Strategie. Die wenigsten hierzulande wissen das. Und der Bundestag hatte bereits 2010 beschlossen, dass die Atomwaffen hier weg müssen.

Nun werden sie von den Amerikanern modernisiert. Mit Zustimmung der Bundesregierung.

Dieses Szenario passt in eine Entwicklung, die derzeit die politische Kultur in Deutschland bestimmt und die eine Kehrtwende bedeutet: Von der Friedens- und Sicherheitspolitik hin zu einer Politik, die dem Militärischen die Vorfahrt gibt. Spätestens seit der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck vor der Sicherheitskonferenz in München vor zwei Jahren war klar: Der Wind hat sich gedreht. Gauck forderte damals ein Ende der Zurückhaltung in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik. Fast siebenzig Jahre nach dem Holocaust dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur schlug er Deutschland »eine fundamentale Neuorientierung in der Außen- und Sicherheitspolitik« vor. Er plädierte für eine stärkere Rolle Deutschlands im Rahmen von EU und Nato. Und er sagte auch im Klartext, worum es gehen müs-

se: Deutschland solle sich in der Welt mehr einmischen, auch militärisch.

So ist es auch gekommen. Und nicht nur das. Deutschland engagiert sich mit seinen Soldaten in den mit gefährlichsten Gegenden der Welt, in Mali und Syrien. An 15 Orten gibt es Bundeswehreinätze weltweit. 2009 waren es noch acht.

Der Syrieneinsatz, mit 1200 Soldaten der momentan größte deutsche Auslandseinsatz, wurde am 4. Dezember vorigen Jahres im Eilverfahren im Bundestag von den Koalitionspartnern beschlossen. Die Bundeswehr ist mit einer Fregatte und sechs Aufklärungsflugzeugen vor Ort. »Mit den Anschlägen in Paris hat der IS Frankreich und die freiheitliche Weltordnung Europa direkt angegriffen«, hieß es zur Begründung.

»Der zivile Kampf gegen den Terror kann gewonnen werden, der Krieg gegen den Terror nicht«, hält Susanne Grabenhorst, Ärztin und Vorsitzende der IPPNW und Mitakteurin einer Kampagne gegen den Bundes-

wehreinsatz dagegen. (siehe Dossier-Seite 14). Sie fordert von den Bundestagsabgeordneten, das Mandat für den Bundeswehreinsatz in Syrien nicht zu verlängern. Die Entscheidung darüber fällt im Dezember.

Damit einher gehen zwei entscheidende politische Signale der jüngsten Zeit: Das von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgestellte Weißbuch der Bundeswehr und die darauf folgende Debatte im Bundestag zum Haushalt 2017. »Ein positiver Gestaltungsanspruch für die Weltpolitik, wie man ihn von einem Land erwartet, ist in diesem Weißbuch kaum zu finden«, schreibt Christoph Bongard vom *Forum Ziviler Friedensdienst*. Das Weißbuch entwerfe eine Sicherheitspolitik, die langfristig »mehr Unsicherheit durch einseitige Bedrohungsabwehr befürchten lässt«. Und so ist es auch gekommen. Im Haushaltsentwurf ist vorgesehen, den Verteidigungsetat, der bislang

bei knapp 34 Milliarden Euro liegt, bis zum Jahr 2020 um 12,4 Milliarden Euro zu steigern. Gleichzeitig sinken die Mittel für die verschiedenen Bereiche, die unter ziviler Konfliktbearbeitung laufen, um 200 Millionen auf 4,6 Milliarden. Verwundert reibt man sich die Augen: Hatte nicht die Bundesregierung einen Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« aufgelegt? Es geht in dem seit 12 Jahren immer weiterentwickelten Strategiepapier um Friedensförderung, um koordiniertes Handeln aller staatlichen und nicht staatlichen Akteure. Wie aber kann das bei einem solchen Ungleichgewicht der Finanztöpfe fürs Militär und die zivile Konfliktbearbeitung gehen? 3500 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind aktuell an Auslandseinsätzen beteiligt. Für das Forum Ziviler Friedensdienst, das flexibel vor Ort und nah bei den Menschen erstaunlich erfolgreich Frieden

stiften kann (siehe Seite 12/13) konnten im vorletzten Jahr gerade mal 300 Kräfte eingesetzt werden.

Deutsche Rekorde gibt es aber nicht nur im Verteidigungshaushalt, sondern auch bei den Waffenexporten. Die haben sich von 2014 auf 2015 auf 12,81 Milliarden Euro verdoppelt. Ein Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik, wie der Rüstungsexperte und Freiburger Lehrer Jürgen Grässlin erklärt. Kräftig beliefert wird da auch Saudi-Arabien. »Ein Land, das in Syrien und Jemen mit dem Iran einen Kampf um die Vorherrschaft der Region austrägt und zudem weltweit Koranschulen mit gefährlicher Ideologie finanziert«, wie Clemens Ronnefeldt vom Versöhnungsbund erinnert. Warum, so sagt er, wird das mit westlichen Waffen unterstützt, statt als Teil des Problems benannt? Und weiter fragt er: »Warum wird die Türkei, die den IS bisher unterstütze und Kur-

»Das letzte Tabu ist gebrochen«

Exportgenehmigungen für deutsche Waffen sind auf dem Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik. Was aber heißt das? Fragen an den Rüstungsexperten Jürgen Grässlin

Publik-Forum: Herr Grässlin, deutsche Rüstungsexporte, so die Kritik, nehmen rasant zu. Welche Zahlen und Fakten haben Sie?

Jürgen Grässlin: Der Wert der Rüstungsexportgenehmigungen hat sich von 2014 auf 2015 auf 12,81 Milliarden Euro verdoppelt. Dabei geht es um die Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen der Bundesregierung.

Was im Einzelnen muss man sich darunter vorstellen?

Grässlin: Einzelausfuhrgenehmigungen, das sind beispielsweise Kampfpanzer an einen

Empfänger in Katar. Sammelausfuhrgenehmigungen sind solche, die über einen langen Zeitraum an mehrere Länder gehen. Die Genehmigungen entsprechen nicht unbedingt den real erfolgten Rüstungsexporten. Ein Empfängerland kann sagen, wir haben ursprünglich 50 Kampfpanzer des Typs Leopard 2 bestellt, nehmen aber nur 46. Nichtsdestotrotz sind diese 12,81 Milliarden der mit Abstand höchste Rekordwert aller Zeiten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Sie haben wiederholt kritisiert, dass auch menschenrechtsverletzende Staaten, Diktaturen und Krieg führende Länder beliefert werden. Um welche geht es?

Grässlin: Um Staaten in der Krisenregion des Maghreb, also im Norden von Afrika wie Marokko, Algerien, Tunesien, aber auch Libyen und Ägypten. Real erfolgten Ausfuhren unter anderem im Wert von mehr als 270 Millionen Euro an Saudi Arabien, an Katar wurden Ausfuhren im Wert von 1,6 Milliarden Euro genehmigt.

Welche deutschen Konzerne verdienen?

Grässlin: Airbus, Rheinmetall, KMW, Diehl und ThyssenKrupp Marine Systems im Großwaffenbereich. Israel erhält U-Boote, produziert in Kiel von der Betei-

ligungsgesellschaft HDW. Aber auch die Türkei und Ägypten erhalten vergleichbare U-Boote. Traditionell bekommen die Türkei und Griechenland, die ja schon Krieg gegeneinander geführt haben, deutsche Kriegswaffen. Wie auch Pakistan und Indien, die sich aktuell im Krieg befinden. Das heißt, Deutschland liefert an Krieg führende Staaten Waffen. Und an weit über dreißig Staaten mit schwersten Menschenrechtsverletzungen. Wir müssen uns über die Folgen nicht wundern. Vor allem über die Flucht von Menschen.

Klingt das nicht zu einfach, wenn Sie sagen, aus den Ländern, in die wir Waffen exportieren, fliehen die Menschen?

Grässlin: Ich war oft genug in den letzten dreißig Jahren in Krisen- und Kriegsgebieten. Allein fünf Mal in Türkisch-Kurdistan. Wenn man von Diyarbakir, der Hauptstadt, nach Norden in das Taurusgebirge fährt, kommt man an kleinen Orten



Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, ist einer der renommiertesten Rüstungsexperten in Deutschland

den, die gegen den IS kämpften, bombardierte, als westlicher Koalitionspartner gegen den IS gesehen?»

Für Johan Galtung, den Gründungsvater der Konflikt- und Friedensforschung steht fest: »Es gibt eine sehr einfache Regel: Mit allen Parteien reden«, sagt er gegenüber Publik-Forum. Und zwar »mit allen, die für den Konflikt verantwortlich sind.« Sein Ausweg klingt einfach, aber überzeugend: Es komme darauf an, sich in den Gegner hinein zu versetzen. Und dann stellt sich die Frage: Was aber wissen wir wirklich über die Konfliktparteien, über die Gegner?

»Die Medien spielen bei der Frage, wie diese Konflikte zu lösen sind, eine enorm große Rolle«, ist Galtung überzeugt. »Denn die meisten Menschen glauben, was sie hören, sehen und lesen.« Und da hält Galtung die deutschen Nachrichten über Konfliktgebiete oft für blass. Man spüre überall Ängste und Abhängigkeiten. Die unabhängige Information sei aber für den gelingenden Frieden eine wichtige Sache.

Galtung ist da bei einem für ihn sehr wichtigen Thema: dem Friedensjournalismus, wie er das nennt: Man müsse die Krisengebiete aufsuchen. Das passiere in Wirklichkeit viel zu selten. Ein Blick in die

deutsche Medienlandschaft bestätigt das: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk allein hat für die gesamte arabische Welt einen fest akkreditierten Korrespondenten in Kairo sitzen. Und im Irakkrieg Anfang der 1990er-Jahre war es Karl-Maria Fröder, der sich auf eigene Faust auf den Weg machte, für die öffentlich-rechtlichen vor Ort berichtete.

Lutz Krügener, der Friedensbeauftragte der Landeskirche Hannover, beklagt zudem, dass Beispiele für erfolgreiche zivile Ansätze kaum eine Öffentlichkeit haben. Dazu zählt die Forderung, dem Weißbuch der Bundeswehr ein übergeordnetes friedenspolitisches Leitbild entgegenzusetzen, das der zivilen Friedensarbeit Vorrang einräumt. Zudem müsste aktive Gewaltfreiheit im persönlichen wie politischen Bereich viel mehr bekannt werden. - Auch das könnte dazu beitragen, etwas erfolgreich gegen die schleichende Militarisierung un-



Gegen den Syrien-Einsatz der Bundeswehr: Demonstration in Berlin

vorbei. Dort steht oft auf dem Dorfplatz ein Kampfpanzer zur Abschreckung. Im Bürgerkrieg von 1984 bis 1999 kamen da nachts die türkischen Soldaten, trieben die Menschen auf dem Dorfplatz zusammen. Da standen dann 150 Zivilisten halb nackt. Die türkischen Soldaten, mit Gewehren von Heckler & Koch, HK 33, G3-Sturmgewehren oder MP-5-Maschinenpistolen, pickten sich wahllos Leute raus, die sie zu Unterstützern der PKK erklärten. Die einen wurden bedroht, andere standrechtlich exekutiert. Ergebnis: Über eine Million Kurdinnen und Kurden aus dem Südosten der Türkei mussten ihre

Heimat verlassen, darunter vor allem Männer jüngeren und mittleren Alter. Viele flohen und fliehen nach Deutschland. Und so haben wir als Resultat – und zwar nicht nur am Beispiel Türkei – den leider wahren Satz: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.

Wie sieht das mit Syrien aus?

Grässlin: Frühere Bundesregierungen haben den Export von Lenkflugkörpern nach Syrien erlaubt. Das Land ist nicht eines der Hauptempfängerländer, aber immer wieder tauchen deutsche Kriegswaffen dort auf.

Auch der IS ist im Besitz deutscher Waffen?

Grässlin: Folgenswer ist, dass Deutschland erstmals unter dem Bruch des Waffenembargos der Vereinten Nationen Peshmerga im Kriegsland Irak beliefert. Letztlich kommt der IS so an Kriegswaffen deutscher Produktion. Laut einer Studie von *Amnesty International* schießt die Terrororganisation mit Waffen aus 25 Staaten. Seit über zwei Jahren erlaubt die Bundesregierung den Export abertausender G36- und G3-Sturmgewehre von Heckler und Koch an die irakisch-kurdischen Kämpfer, und die haben diese Waffen teilweise auf dem Waffenmarkt in Erbil weiterverkauft. Die landen dann in den Händen des IS, werden bei Menschenrechtsverletzungen eingesetzt.

Ist das eine neue Dimension des deutschen Waffenhandels?

Grässlin: Alle Bundesregierungen der letzten Zeit haben Waffenexporte zum Teil deutlich gesteigert. Aber sie haben sich an die Vorgabe gehalten, dass keine Waffen zu liefern sind an ein Land, das mit einem Waffenembargo der UN versehen ist. Selbst das gilt leider nicht mehr. Frau Merkel, Herr Gabriel und weitere Minister haben auch das letzte Tabu gebrochen und verletzen somit Grundgesetz und Völkerrecht. Interview: Bettina Röder



Thérèse Mema Mapenzi

»Die Demokratische Republik Kongo gehört für Frauen zu den gefährlichsten Ländern der Welt.« Das sagt Thérèse Mema Mapenzi über die brutale Situation in ihrem afrikanischen Heimatland. »Sexuelle Gewalt wird gezielt als Kriegswaffe eingesetzt«, so die überzeugte Katholikin und Preisträgerin des Shalom-Friedenspreises. »Thérèse Mema Mapenzi hat es durch ihr Engagement geschafft, einen sicheren Raum für Opfer sexueller Gewalt zu schaffen, und hat ihnen eine Stimme gegeben«, hieß es in der Laudatio. Mit dem Preis werden seit vielen Jahren Initiativen, Organisationen und mutige Personen für ihren außergewöhnlichen Einsatz für Frieden und Versöhnung ausgezeichnet.

Als Projektleiterin im Bereich sexueller Gewalt der *Justice and Peace Commission* in der DR Kongo hört sie viele schreckliche Geschichten von Opfern sexueller Gewalt. Das ist ein Tabuthema, es wird nur wenig darüber gesprochen, und noch seltener kommt es zu Verurteilungen. Die Lebens- und Leidensgeschichten dieser Frauen sowie Mapenzis Mut wird in dem Film »Voices of Violence« dokumentiert.

Im Rahmen ihrer Arbeit richtete die Sozialarbeiterin Mapenzi »Listening Rooms« ein, Hörräume. Diese Traumazentren bieten Opfern einen geschützten Raum, in dem sie ohne Scham sprechen können. Thérèse Mema Mapenzi, die, wie sie sagt, die Kraft aus ihrer Familie schöpft, beweist einmal mehr, dass eine kleine Initiative Großes bewirken kann. Christoph Bongard

KONGO, PALÄSTINA UND ISRAEL, SERBIEN UND KROATIEN, CHINA UND TIBET, RUANDA, LATEINAMERIKA, KALTER KRIEG OST WEST

Gesichter des Friedens

Sie engagieren sich, irgendwo in dieser unfriedlichen Welt. Konkret, vor Ort, mit ihrem Leben. Denn Frieden wird erst möglich, wenn jeder und jede bei sich beginnt. Von unten. In kleinen, oft mühsamen Schritten. Anders ist der Frieden nicht zu haben. Das zeigen sie, wie unzählige andere auch.



Mazen Faraj und Robi Damelin

Robi Damelins Sohn David wurde von einem palästinensischen Scharfschützen getötet. Mazen Farajs Vater starb durch die Kugel israelischer Soldaten. Sie ist Israelin, stammt aus Südafrika, er ist Palästinenser. Und beide haben sich geschworen, dass Rache und Vergeltung keine Lösung sind – auch wenn ihnen Sohn oder Vater genommen wurden. Robi Damelin und Mazen Faraj arbeiten für *Parents Circle*, eine Organisation, in der sich mehr als 600 israelische und palästinensische Familien zusammengeschlossen haben, die enge Angehörige im Konflikt verloren haben. Robi Damelin entdeckte im »Kreis der Familien«, dass die palästinensischen Mütter die gleichen Schmerzen litten wie sie: »Ich bemerkte auch, welche Kraft für Veränderung

wir daraus ziehen können.« Mit 16 warf der Palästinenser Mazen Faraj Steine auf israelische Soldaten. Heute leitet er das palästinensische Büro von *Parents Circle*. »Ich hatte ein sehr klares Bild davon, wie Israelis sind, sie sind mir immer nur als Siedler oder als Soldaten gegenübergetreten«, berichtet Faraj. Das änderte sich, als er den »Kreis der Familien« kennenlernte. Heute weiß Faraj: »Wir müssen uns als Menschen wahrnehmen.« Um das zu fördern, treffen sich die Familien, israelisch-palästinensische Tandems besuchen Schulklassen, es gibt ein Jugendcamp und eine *Facebook*-Seite, auf der Israelis und Palästinenser miteinander in Dialog treten können. Die Texte werden in die jeweils andere Sprache übersetzt. Barbara Tambour



Miodrag Tasic



Tsering Woesser



Hildegard Goss-Mayr

Sie begrüßen sich herzlich, so wie alte Freunde, umarmen einander innig und klopfen sich auf die Schultern. Sie treffen sich in der kroatischen Stadt Šibenik, dort, wo Anfang der 1990er-Jahre die Frontlinie in einem der Balkankriege verlief. Beide waren sie dabei, haben gekämpft, auf unterschiedlichen Seiten. Hätten sich mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen können. Die Freundschaft der beiden Veteranen ist ein Erfolg des Zivilen Friedensdienstes (ZFD).

Miodrag Tasic war einer von vermutlich mehreren Tausend traumatisierten Veteranen in Serbien. Dank einer Therapie für Kriegsveteranen ist er heute ein anderer Mensch. Sie hat in ihm auch das Bedürfnis geweckt, sich gegen Krieg einzusetzen und anderen Veteranen zu helfen. »Meine Geschichte soll sich nicht wiederholen«, sagt er. Das sieht auch Ivica aus Kroatien so. Beide engagieren sich in jeweils ihrem Land in Veteranengruppen, die sich für Dialog und Versöhnung einsetzen. Nun wagen sie erste gemeinsame, öffentliche Dialoge. Damit wollen sie die Bevölkerung auf dem Balkan wachrütteln, die Aufarbeitung der Kriegsgräuere, die so viele Menschen in sich tragen, voranbringen. »Niemand weiß besser als wir Veteranen, wie schrecklich Krieg ist. Wer, wenn nicht wir, soll seine Stimme dagegen erheben?«, erklärt Tasic sein heutiges Engagement. Es ist selten auf dem Balkan, dass ehemalige Kämpfer zusammenarbeiten, Wege zur Versöhnung suchen. Christoph Bongard

Tsering Woesser wurde 1966 in Tibets Hauptstadt Lhasa geboren. Damals erfasste die Kulturrevolution mit aller Gewalt auch Tibet. Tote, Entrechtete und Entwürdigte säumen Woessers Erinnerungen. Mit 24 Jahren begann sie aufzuschreiben, was Gewalt und Willkür hinterlassen haben. 2003 veröffentlichte sie das »Tagebuch aus Tibet – oder: Gedicht namens Tibet«. Es war ihr erstes Werk und wurde sogleich verboten. Da sie sich der »patriotischen Umerziehung« durch die Kommunistische Partei Chinas strikt verweigerte, erhielt sie Schreibverbot.

2004 heiratete sie Wang Lixiong, einen chinesischen Schriftsteller, der sich für Rechte der Minderheiten wie Tibeter und Uiguren starkmacht. 2010 erschien ihre Monographie »Ihr habt Gewehre, ich meine Feder«. Damit tat sie kund, wozu sie sich zusammen mit ihrem Mann offen bekennt: Friedlich für die Würde und Rechte der Menschen in Tibet zu kämpfen. 2008, im Jahr der Peking Olympiade, berichtete Tsering Woesser im Internet über den Aufstand der Tibeter und seine brutale Niederschlagung. Damals wurde sie bekannt als die »Eine-Frau-Presseagentur«. Bis heute sitzt die Autorin, Mitglied der Schriftstellervereinigung *Independent Chinese PEN*, in Peking (fest) und ignoriert, was ihr der Staat auferlegt: Hausarrest, Verhöre, Verbannung. Im Internet sammelt und verbreitet sie weiter Texte und Bilder, die die Verfolgung all derer zeigen, die sich Chinas Politik zu widersetzen wagen. Shi Ming

Hildegard Goss-Mayr, 1930 in Wien geboren, ist eine Pionierin der gewaltfreien Aktionen. Und sie hat damit ein Stück die Welt verändert. 1962 ging die promovierte Philosophin und Mutter zweier Kinder in das revolutionäre Lateinamerika und baute dort die gewaltfreie Befreiungsbewegung mit auf. Sie wurde zur Beraterin des Erzbischofs Dom Helder Camara. Mit dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel wurde sie 1975 in Brasilien verhaftet und in ein Folterzentrum gebracht. Auch der Erfolg der »Rosenkranz-Revolution« zur Beendigung des Marcos-Regimes auf den Philippinen 1986 und die Absetzung des Diktators Ratsiraka in Madagaskar 1991 waren ihr zu verdanken.

In Ost-Zaire, Burundi und Ruanda förderte sie den Aufbau gewaltfreier Friedensarbeit. Zur Zeit des Kalten Krieges baute sie vom neutralen Österreich aus Ost-West-Kontakte auf. Während des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 bis 1965) erreichten sie und ihr Mann Jean Goss in Rom die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Gemeinsam mit dem Theologen Karl Rahner arbeiteten sie für die Idee, die Gewaltfreiheit Jesu zu einem anerkannten theologischen Thema zu machen.

Der tiefe Grund ihres Friedensengagements: das Erleben der Grauen des Krieges und der Naziherrschaft. Sie war 23 Jahre alt, als sie begann, für den *Internationalen Versöhnungsbund* zu arbeiten. Heute ist sie seine Ehrenpräsidentin. Bernadette Ackva

Verhandeln statt schießen!

Pazifistische Lösungen für Terrorismus

Von Thomas Carl Schwoerer

Manche mögen behaupten, die Zeit für Verhandlungen mit dem »Islamischen Staat« und anderen Dschihadisten sei noch nicht reif, andere halten sie für schlicht unmöglich. Dabei zeigen die Erfahrungen weltweit, von Syrien über Afghanistan bis Kolumbien: Der militärische Kampf gegen den Terror ist trotz punktueller Siege kontraproduktiv. Es wäre insbesondere in Syrien sehr befremdlich und durchaus zynisch, wenn die Regierenden keinen anderen Weg als diesen gingen und dabei wissentlich weitere Tausende Menschenleben opfern würden. Solche Außenpolitik macht die Welt unsicherer.

Deutlich vorzuziehen wäre eine Strategie, die sich die Politik Willy Brandts zum Vorbild nimmt. Brandt hat im Kalten Krieg nicht darauf gewartet, bis beide Seiten erschöpft waren, sondern ist initiativ geworden. *Das* ist Politik. Ab 1968 hat er die von Verhandlungen geprägte Entspannungspolitik in der Großen Koalition durchgesetzt, gegen Widerstände von CDU und CSU, aber mit Rückhalt in der Bevölkerung.

Ihr Ergebnis war, dass im Gegensatz zum Aufstand des 17. Juni oder zum Prager Frühling keine Panzer rollten, als es 1989 zum gewaltlosen Umbruch in der DDR kam. Wenn man ernsthaft Verhandlungslösungen angegangen wäre, hätten sich alle Kriege der vergangenen Jahrzehnte verhindern oder beenden lassen. So wären die USA besser auf bin Ladens Vorschlag eines Waffenstillstands im Jahr 2006 eingegangen. Terroristen stattdessen den Krieg zu erklären spielt ihnen in die Hände und verhilft ihnen in ihren Kreisen zu mehr Größe und Ruhm. Wenn Siegen bedeutet, sich unverwundbar für terroristische Angriffe zu machen, wird der Westen niemals siegreich sein. Terrorgruppen können jederzeit einen Kämpfer in irgendein Café schicken, eine Bombe zünden lassen und damit de-



FOTO: FADIP/CHRISTIN PALITZA

Deutsche Soldaten in Mali: Für eine politische Lösung müsste man auch mit den Dschihadisten reden

monstrieren, dass die mächtigsten Länder der Welt nicht in der Lage sind, sie zu schlagen. Kanzlerin Angela Merkel hätte deshalb besser darauf verzichtet, nach den Brüsseler Anschlägen vom 22. März 2016 anzukündigen, wir würden den Terrorismus besiegen.

Eine vernünftige Antiterrorstrategie sollte sich darauf konzentrieren, erstens herauszufinden, ob die Ziele der Terroristen verhandelbar sind, und zweitens die Terrorgruppen von der sie unterstützenden Gemeinschaft zu isolieren – etwa wenn Terroristen Kinder umbringen. Wir sollten die Bevölkerung für uns gewinnen.

Auch für den Konflikt in Mali steht eine politische Lösung noch aus. Die Vereinbarung von 2014, die dem Waffenstillstand zwischen Tuareg-Rebellen und der Regierung zugrunde liegt, ist extrem wackelig und kurzfristig angelegt. Seit den 1960er-Jahren fordern die Tuareg im Norden Malis einen unabhängigen Staat. Doch nicht einmal föderale Strukturen, die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und der Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen stehen zur Diskussion. Solange diese Anliegen der Bevölkerung im Norden nicht berücksichtigt werden, sind ein Waffenstillstand und seine militärische Sicherung völlig unzulängliche Ersatzhandlungen.

Dschihadisten wie *Al-Qaida im islamischen Maghreb* (AQMI) dürfen auch in Mali nicht am Verhandlungstisch sitzen. Wie will man weitere Anschläge von

AQMI wie jene auf die Hotels in der Hauptstadt Bamako und der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou oder die Ermordung von Blauhelmsoldaten verhindern, solange sich das nicht ändert?

Die Bundesregierung hat über 300 Soldaten nach Mali entsandt; bis zu 350 weitere sollen folgen. Die dortige UN-Mission zur Sicherung eines Waffenstillstands gilt weltweit als gefährlichste »Peacekeeping«-Operation, mit bisher 72 getöteten Blauhelmsoldaten. Auch deutsche Soldaten sind in Gefahr. Warum sollte eine Strategie, die in Syrien – wo trotz des Eingreifens internationaler Truppen Chaos herrscht – sowie in Libyen und Afghanistan versagt hat, in Mali funktionieren? Eine politische Lösung unter Einbeziehung aller beteiligten Parteien, also auch der Dschihadisten, wäre für die Bevölkerung besser.

Wer Frieden will, muss mit seinen Feinden verhandeln, also auch mit Dschihadisten, um Waffenstillstände und politische Lösungen zu vereinbaren, die diesem Namen gerecht werden. Je länger die Bundesregierung damit wartet, desto schwieriger wird diese Aufgabe. Bringen wir solche Lösungen verstärkt in die öffentliche Diskussion! Fordern wir die Einstellung aller Bombardements und Rüstungsexporte! ◆

Thomas Carl Schwoerer ist Verleger, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und Autor des Buches »Mit dem IS verhandeln? Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus«

Frieden in Syrien – aber wie?

Kirchen und Verbände machen Vorschläge für eine zivile Lösung dieses immer brutaleren Stellvertreterkrieges

Von Markus Dobstadt

Mehr als 400 000 Tote, rund zwölf Millionen Flüchtlinge, ungezählte traumatisierte und entwurzelte Menschen. Das ist die entsetzliche Bilanz nach fünf Jahren Krieg in Syrien. Von seinem Ursprung, dem Protest der syrischen Bürger gegen das Regime von Präsident Bschar al-Assad, hat sich der Konflikt längst entfernt. Ein schwer zu entwirrendes Konglomerat aus Interessen, Allianzen und Feindschaften befeuert ihn immer wieder neu.

Wie lässt sich dieser Konflikt lösen, wenn die arabischen Golfstaaten, die Assad vertreiben wollen, islamistische Gruppen unterstützen, die USA den gemäßigten Rebellen militärisch unter die Arme greifen und auf der anderen Seite Iran, Irak und Russland eine Niederlage der syrischen Armee verhindern? Wenn noch dazu der »Islamische Staat« gegen alle kämpft und auch die Kurden, die an der türkisch-syrischen Grenze Kantone gebildet haben, eigene Interessen verfolgen, was wiederum für die Türkei Anlass ist, in den Konflikt einzugreifen? Kann in dieser Lage Frieden mit zivilen Mitteln entstehen? Und was kann Deutschland dazu beitragen?

Im vergangenen Jahr rief ein Bündnis von mehr als 200 deutschen Organisationen zum Protest gegen einen Bundeswehreinsatz in Syrien auf. Der Bundestag hat ihn am 4. Dezember 2015 dennoch genehmigt. Deutschland unterstützt seither auf Bitten des vom IS-Terror erschütterten Frankreich eine internationale Allianz im Kampf gegen den »Islamischen Staat« mit Aufklärungs- und Tankflugzeugen sowie einer Fregatte. Bis zu 1200 Soldaten sind beteiligt.

Renke Brahms, der Friedensbeauftragte des Rates der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD), lehnt den Einsatz entschieden ab. Terrorismus lasse sich nicht militärisch bekämpfen. Die Erfahrung zeige: »Für einen getöteten Terroristen wachsen zwei neue nach.« Auch sei der Syrien-Konflikt, so unübersichtlich er sei, nicht militärisch zu entscheiden. Das sage auch



Wann endet der Krieg?: Ein Demonstrant beim Ostermarsch 2016 in Frankfurt hofft darauf, dass seine syrischen Freunde möglichst bald den Frieden erleben

die Bundesregierung. »Dann zieht die Konsequenzen daraus«, empfiehlt ihr Brahms. Seiner Ansicht nach müssten Initiativen, die sich für einen friedlichen Wandel einsetzten, stärker als bisher unterstützt werden. Wie die *Weißhelme*, die gerade mit dem Alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden, wie *Citizens for Syria*, die *Nonviolent Peaceforces* oder *Adopt a*

Revolution. Die für den Bundeswehreinsatz vorgesehenen 134 Millionen Euro seien dort »viel sinnvoller« verwendet. »Woher soll die Zivilgesellschaft sonst kommen, wenn Syrien wieder aufgebaut wird?«, fragt Brahms. Er fordert außerdem, Waffenlieferungen in die Region zu unterbinden.

In einigen Wochen soll der Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehrmandates entscheiden. Bereits jetzt macht sich dagegen erneut ein Bündnis unter dem Motto »Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien« stark. Unter anderem fordern seine Mitglieder, darunter IPPNW, das *Netzwerk Friedenskooperative* und *Pax Christi*, eine Ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen. Auch ein »Nachkriegsplan« müsse jetzt erarbeitet werden, ein Marshallplan für die Region mit Perspektiven für den Wiederaufbau und Demokratisierung. Der Friedensprozess unter UN-Verantwortung müsse gestärkt und zivile Initiativen vor Ort einbezogen werden. Der *Internationale Versöhnungsbund* hält nach einem Waffenstillstand auch die Schaffung einer entmilitarisierten Zone für nötig, überwacht durch UN-Blauhelme. Deutschland sollte Verwundete aufnehmen und die Flüchtlingslager in der Region unterstützen. Auch Papst Franziskus fordert, die Waf-

fenlieferungen in die Region zu beenden. »Manche der Länder, die Waffen liefern, gehören gleichzeitig zu denen, die vom Frieden reden«, sagte er.

An Ideen, wie Frieden in Syrien gewaltfrei gelingen kann, mangelt es also nicht. Der erste Schritt, die Waffen zum Schweigen zu bringen, scheint jedoch der aller-schwierigste. ◆

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Das *Forum Ziviler Friedensdienst e. V.* (forumZFD) wurde 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen als überparteilicher und überkonfessioneller Verein gegründet. Ziel des forumZFD ist es, den Einsatz von Waffen und anderen Formen kollektiver Gewalt zurückzudrängen und durch gewaltfreies Handeln mit Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung zu ersetzen. Der Zivile Friedensdienst gehört heute zu den wichtigsten Programmen der Friedens- und Entwicklungspolitik. Friedensfachkräfte des forumZFD sind in Projekten im westlichen Balkan, in Nahost, in Südostasien und in Deutschland tätig. In seiner Akademie für Konflikttransformation bildet das forumZFD Friedensfachkräfte aus, die weltweit in der Gewaltprävention und der Friedensförderung eingesetzt werden. Es ist Mitglied der Initiative »Transparente Zivilgesellschaft« und finanziert sich über Zuschüsse, Mitgliedsbeiträge und Spenden. ► Kontakt: www.forumZFD.de

Gemeinsam stark

Folgende Friedensorganisationen und Initiativen tragen dieses Dossier

Versöhnungsbund

Der *Internationale Versöhnungsbund* wurde 1914 – im Angesicht des beginnenden Ersten Weltkrieges – aus der internationalen Freundschaftsarbeit der Kirchen gegründet. Heute arbeiten Zweige und Gruppen aus vierzig Ländern überkonfessionell und interreligiös zusammen, um Gewaltfreiheit in allen Bereichen des Lebens zu fördern. Der deutsche Zweig vereint Menschen aller Generationen, die sich aus ihrem Glauben oder einer anderen Überzeugung heraus für eine Kultur der Gewaltfreiheit einsetzen. In Kommissionen geht es um Fragen der Friedenstheologie, aber auch die Arbeit im Nahen Osten und die Kontakte nach Indien und Uganda. Ebenso geht es um Gewaltfreiheit in der Flüchtlingsarbeit, in Erziehungsfragen und in der Netzpolitik. Es gibt eine Gender-Kommission und einen Jugendrat. Darüber hinaus engagieren sich acht Regionalgruppen von Berlin bis Villingen-Schwenningen. ► Kontakt: www.versoehnungsbund.de

EAK

Die *Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden* (EAK) ist eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der *Evangelischen Kirche in Deutschland*. In ihr sind Personen, Landes-, Freikirchen und Verbände zusammengeschlossen, die sich gemeinsam für Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit stark machen. Als Teil der Friedensarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland bildet die EAK ein kirchliches Netzwerk und Kompetenzzentrum, das sich mit Fragen der Friedensethik, Friedenstheologie, Friedenspolitik und Friedens- und Gewissensbildung befasst. Anlässlich der Gründung der Bundeswehr und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde 1956 die EAK ins Leben gerufen. Seit einigen Jahren engagiert sich die EAK auch in weiteren Bereichen der Friedensarbeit. Heute ist die EAK eine der wenigen Anlaufstellen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung. ► Kontakt: www.eak-online.de

DFG-VK

Die *Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK) wurde 1892 von den späteren Friedensnobelpreisträgern Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried in Berlin gegründet – damit ist die DFG-VK die älteste deutsche Friedensorganisation. Damals wie heute setzt sie sich gegen Krieg und Militär und für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösung ein. Aktuelle Themenfelder sind etwa deutsche Auslandseinsätze, zivile Konfliktlösung, die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, die Militarisierung ziviler Gesellschaftsbereiche, die Militärseelsorge, in Deutschland stationierte Atomwaffen sowie die Rüstungsindustrie und deutsche Waffenexporte. Aus der Überzeugung, dass Mittel und Ziel sich entsprechen müssen, verfolgt sie Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln: durch Dialog, politisches Lobbying, aber auch gewaltfreie Aktionen bis hin zu zivilem Ungehorsam. ► Kontakt: www.dfg-vk.de

IPPNW Deutsche Sektion

In der deutschen Sektion der *Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung* (IPPNW) engagieren sich etwa 6000 Ärzte, Psychotherapeuten sowie Medizinstudierende für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Frieden ist ihr zentrales Anliegen. Sie setzen sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen ein. Dabei leitet sie das ärztliche Berufsethos. Die neoliberale Globalisierung vertieft die Spaltung der Welt in Reich und Arm und führt zu wirtschaftlicher und politischer Instabilität. Die IPPNW analysiert und benennt die Ursachen von Konflikten und Kriegen und beteiligt sich an der Suche nach einem Gesellschaftsmodell, das ein nachhaltiges, friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht.

► Kontakt: IPPNW.de

Friedenskreis Halle e.V.

Die Erfahrung der Friedlichen Revolution 1989 weckte die Hoffnung, dass eine Gesellschaft ohne Gewalt, ein Deutschland ohne Militär und eine Welt ohne Kriege möglich werden kann. Diese Ziele führten 1990 in Halle Menschen aus verschiedenen Bürgerinitiativen zum Friedenskreis zusammen und waren Basis für den 1991 gegründeten Verein. Sein Engagement heute in Friedenspolitik, Friedensbildung und Friedensdiensten ist durch ein dynamisches Friedensverständnis bestimmt: Frieden begreift der Verein nicht als Zustand und auch nicht nur als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist für ihn ein Weg zu einem partnerschaftlichen, gerechten und gewaltfreien Zusammenleben in Vielfalt. Der Friedenskreis engagiert sich für zivile Konfliktbearbeitung im Ausland, bietet Bildungsprogramme mit Workshops an, organisiert internationale Jugendbegegnung, Beratung und Organisation und Vieles mehr.

► Kontakt: www.friedenskreis-halle.de

Netzwerk Friedenskooperative

Das *Netzwerk Friedenskooperative* als informeller Dachverband von Friedens- und Menschenrechtsgruppen ist oft wichtiger Knotenpunkt und Koordinierungsstelle für außerparlamentarische Aktionen und »Politik von unten«. Immer wieder geht es um Widerstand gegen Krieg und Militär, Vorschläge und Projekte ziviler Konfliktbearbeitung, Solidarität mit Flüchtlingen und um Menschen- und Bürgerrechte. Umfangreiche Informationen stellt die Kooperative auch bei den regelmäßigen Aktivitäten zum Beispiel zu den jährlichen Ostermärschen, den Hiroshima- und Nagasaki-Tagen, dem Antikriegstag oder der Ökumenischen Friedensdekade zusammen. Daneben gibt sie das Magazin *FriedensForum* heraus. Es erscheint sechsmal im Jahr und bietet Kampagnen verschiedene Serviceleistungen an. Es berät zum Beispiel in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Soziale Medien und Fundraising.

► Kontakt: www.friedenskooperative.de

Friedenskreis Pankow

Am 24. Oktober 1981 lud die Kirchengemeinde Alt-Pankow zu einem Fest »Gegen Todsicherheit – Für den Frieden« ein. Dies war die Geburtsstunde des Pankower Friedenskreises. Damals hieß es in dem Brief an die Kirchenleitung, der am Abend jenes Festes von 252 Personen unterschrieben wurde: »Wir halten unser Schweigen nicht mehr aus.« Was die Menschen damals bewegte, sind auch heute die Fragen: die Sorge um aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und den Frieden, Einspruch gegen ungerechte Verhältnisse und das Eintreten für Gewaltfreiheit in politischen Konflikten. 35 Jahre nach Gründung sagen wieder Menschen: »Wir halten unser Schweigen nicht aus.« Der Friedenskreis unternimmt Reisen und hält Kontakte zu internationalen Menschenrechtsorganisationen, lädt zu Informations-Veranstaltungen zur aktuellen Weltlage, fördert den interreligiösen Dialog und Vieles mehr.

► Kontakt: www.friedenskreis-pankow.de

Anzeige

Anzeige



Suchet den Frieden und jaget ihm nach

Gewaltfreiheit muss wie Demokratie immer wieder neu errungen werden. Doch es geht! Vier Erfahrungsberichte

Mazedonien

Beispielhaft ist es, wie man eine Gewalteskalation bei Wahlen verhindert: In Mazedonien konnte nach dem Bürgerkrieg im Jahr 2001 – der mit dem Friedensabkommen von Ohrid beendet wurde – bis heute ein erneutes Aufflammen des Krieges verhindert werden. Vor allem im Vorfeld lokaler und nationaler Wahlen droht jedoch immer wieder eine Eskalation des Konflikts.

Im Vorfeld der Lokalwahlen in Mazedonien im März 2013 fürchteten viele eine Zuspitzung ethnischer Zwistigkeiten in multiethnischen Gemeinden, also in jenen Städten und Dörfern mit Einwohnern sowohl mazedonischer als auch albanischer Nationalität. Das *forumZFD* bildete über achtzig Wahlbeobachter aus ganz Mazedonien als Mediatoren und Mediatorinnen aus, um die Bemühungen um Gewaltprävention zu unterstützen. Als es kurz vor der Wahl in der Gemeinde Kičevo zu Schlägereien zwischen albanischen und mazedonischen Schülern kam, konnte die Situation durch einen gemeinsamen Appell für interethnischen Frieden und die Intervention der Mediatoren vor Ort deeskaliert werden. Dank des weitgehend gewaltfreien Verlaufs der Wahlen ist ein erster Schritt hin zur Verbesserung der interethnischen Kooperation in Kičevo erreicht. ◆

Philippinen

Eine Journalistenreise kann einen Waffenstillstand erzwingen: Inge Sauren, Friedensfachkraft des *forumZFD* in Mindanao, erinnert sich an einen Besuch in einem Flüchtlingslager in Datu Piang im Mai 2009. »Auf einem Gebiet kaum größer als vier Fußballfelder lebten dicht gedrängt 27.000 Menschen. Viele waren traumatisiert, nachts hörten sie Schüsse und Explosionen von den Kämpfen in der Umgebung.« In dieser Situation organisierten lokale Friedensorganisationen sowie Journalistinnen und Journalisten aus Mindanao mit Friedensfachkräften des *forumZFD* und weiterer Träger des Friedensdienstes eine Reise zur Erkundung der Lage. 52 Journalistinnen und Journalisten aus Mindanao und der Hauptstadt Manila reisten am 29. Juni 2009 in die Konfliktregion.

Als die Armee den Journalistenkonvoi auf dem Weg in das Konfliktgebiet für mehr als zwei Stunden festhielt, führte dies für die Regierung zu einem Kommunikationsdesaster. Kritische Berichte darüber erschienen schon am nächsten Tag, auch in internationalen Tageszeitungen. Letztlich trug die Berichterstattung über die Lebensumstände der Flüchtlinge entscheidend dazu bei, dass die Regierung und die islamistische Bewegung MILF kurz darauf zum Waffenstillstand zurückkehrten. ◆

Zypern

Es ist eine Herkulesaufgabe, die sich Nikos Anastasiades und Mustafa Akinci vorgenommen haben. Sie wollen die Insel Zypern wiedervereinigen, die seit 1974 in einen griechischen und einen türkischen Teil getrennt ist. In der Mitte befindet sich eine Demarkationslinie unter UN-Verwaltung. Anastasiades, Präsident der griechischen Republik Zypern, und Akinci, Präsident der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern, treiben das Projekt geduldig voran. Seit dem Frühjahr 2015 bemühen sie sich um eine Überwindung der Teilung. Zypern soll ein binationaler, föderaler Staat werden.

Doch ihr Traum kann nach wie vor platzen. Ein ungelöster Streitpunkt scheint die künftige Gestalt des Staates zu sein. Während die griechischen Zyprioten eine Föderation mit einer starken Bundesregierung anstreben, wollen die türkischen Zyprioten, die rund ein Viertel der Inselbevölkerung ausmachen, eine lose Konföderation zwischen zwei praktisch unabhängigen Staaten. Ungeklärt ist auch eine mögliche Entschädigung jener Menschen, die infolge der Teilung ihre Heimat verlassen mussten.

Generalsekretär Ban Ki Moon sagte Anastasiades und Akinci bei einem Treffen Ende September in New York seine Unterstützung bei den Verhandlungen zu. ◆



Kleine Erfolge, große Mühe: Wahlen in Mazedonien, Journalistenaktion auf den Philippinen; Nikos Anastasiades und Mustafa Akinci und ihr Traum von Zypern, Kolumbianer feiern den noch gar nicht sicheren Friedensschluss

Kolumbien

Es hat 52 Jahre gedauert, bis ein Frieden in Kolumbien in greifbare Nähe gerückt ist. Am 26. September haben Vertreter der kolumbianischen Regierung und der Farc-Rebellen einen Friedensvertrag unterzeichnet und damit den 1964 begonnenen Konflikt vorerst beendet. Er soll mehr als 220 000 Menschen das Leben gekostet haben. Bis zu sieben Millionen Menschen sind innerhalb Kolumbiens vertrieben worden, Zehntausende gelten bis heute als vermisst.

Seit 2012 verhandelte die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos auf Kuba mit den Farc-Rebellen. Unter Vermittlung auch des Vatikans und Norwegens wurden im August die Gespräche abgeschlossen. Der Vertrag sieht vor, dass die 8000 Farc-Kämpfer ihre Waffen abgeben. Es sollen Sondergerichte geschaffen werden, um die Verbrechen auf beiden Seiten aufzuarbeiten.

Geplant ist eine Landreform zur Unterstützung der verarmten Landbevölkerung. Die Farc-Guerilla soll politische Partei werden und bis 2026 fünf Mandate im Unterhaus und fünf weitere im Senat erhalten, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Kolumbiens. Umstritten sind nach wie vor Strafferleichterungen für die Rebellen. ◆

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, der Warschauer Pakt aufgelöst wurde und die Grenzen in Europa niedrigergerissen wurden, schien die Weltgeschichte eine neue Richtung eingeschlagen zu haben. Ein Krieg in Europa wurde immer unwahrscheinlicher. So jedenfalls dachten wir. Die Kriegsgeschichte aber gönnte sich nur eine Atempause. Schon nach kurzer Zeit brannte der Balkan. Das Machtgerangel zwischen dem Osten und dem Westen nahm neu an Fahrt auf. Russland, aus der *Euro-päischen Union* herausgehalten, wurde zur Projektionsfläche des Bösen aufgebaut. Die *Nato* vergrößerte ihre territoriale Präsenz bis dicht an die Grenzen des Landes.

Inzwischen sehen wir mit Schrecken, wie brüchig die Festung Europa geworden ist. Die Kriege im Nahen Osten und in Afrika schienen uns nichts anzugehen, doch nun kommen sie in Form von Terroranschlägen und Flüchtlingsströmen direkt vor unsere Haustür. Mühselig versuchen wir zu verdrängen, welche Anteile die reichen Völker des Nordens an dem Elend der verarmten Völker des Südens zu verantworten haben. Stattdessen wird der Ruf nach Schließung der Grenzen und »Schutz« vor den Flüchtlingen immer lauter. Aber es gibt keinen »Schutz« vor dem verzweifelten Verlangen der Kriegs- und Hungerflüchtlinge nach Brot, Wasser, Sicherheit und Frieden. Und so erschreckend wie klar ist es auch, dass der Norden nicht ohne den Süden überleben kann. Eine einseitige Blockade der Reichen gegen die Armen zur Sicherung des Status quo funktioniert nicht. Wir sind eine Menschheit, die nur überleben kann, wenn sie gerechte Strukturen schafft. Ein Denken in nationalen und religiösen Abgrenzungen provoziert Hass und Krieg.

Ist die Welt noch zu retten? Politiker und Militärs werden eigene Antworten darauf finden. Wir als Christen haben gemeinsam mit den Juden die Heilige Schrift, das erste Testament; Christen haben noch ein zweites. In beiden Testamenten ist Gott beschrieben als der Ur-

sprung und Garant für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Die Vision des Propheten Micha, in der Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, gab uns in Zeiten der atomaren Aufrüstung Hoffnung auf einen Ausweg aus der tödlichen Gewaltspirale. Die Aufforderung zur Feindesliebe und der Verzicht auf einen Gegen-schlag, wie ihn Jesus in der Bergpredigt postuliert, ermöglichte uns eine völlig neue Sichtweise auf Konfliktsituationen und deren Überwindung.

Die Völker rücken immer mehr zusammen und die Beziehungen und Abhängigkeiten voneinander werden immer klarer. Die Überwindung von nationalen, kulturellen und religiösen Abgrenzungen ist überlebenswichtig. Vertrauensbildende Maßnahmen, Verzicht auf Hegemonie und die Bereitschaft, die Not des anderen zu erkennen und überwinden zu helfen, gehören zu den grundlegenden friedensfördernden Strategien. Es ist ein Gott, es ist eine Menschheit und es sind verschiedene Wege hin zu dem Gott, den wir im Judentum, Christentum und Islam »Gott des Friedens, der Liebe, der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit« nennen. In unserer brandgefährlichen Weltsituation hilft es nicht, auf die Unterschiede hinzuweisen, sondern wir müssen über alle Vorurteile und Ängste hinweg uns die Mühe machen, die gemeinsamen Wurzeln zu entdecken. Der Gott Abrahams, Jesu und Mohammeds ist ein Gott des Lebens – nicht des Todes. »Meinst du, dass ich Gefallen habe am Tode des Gottlosen, spricht Gott, der Herr, und nicht vielmehr daran, dass er sich bekehrt von seinen Wegen und am Leben bleibt?« (Hesekiel 18,23) Gott will, dass wir leben! Dazu müssen wir aber auch bereit sein, den Weg des Todes zu verlassen. ◆

Ruth Misselwitz, geboren 1952, Pfarrerin, DDR-Bürgerrechtlerin, bis 2010 Vorsitzende der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, lebt in Berlin-Pankow. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Friedliche Revolution in Leipzig.

Ist die Welt noch zu retten?

Von Ruth Misselwitz

»Macht Frieden«

Initiativen und Organisationen fordern von EU und Bundesregierung Vorfahrt für zivile Konfliktlösungen

Von Hans-Jürgen Röder

Geradezu alarmiert haben im September zahlreiche Friedensinitiativen auf die Ankündigung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reagiert, den Wehretat in den kommenden Jahren der *Nato*-Forderung entsprechend auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes zu erhöhen. Das würde eine Erhöhung von derzeit 34 auf 55 Milliarden Euro bedeuten. Bei den Haushaltsberatungen im Bundestag hatte sie am 7. September für die nächsten vier Jahre eine Aufstockung um 10,4 Milliarden angekündigt und nicht ohne Stolz darauf verwiesen, dass dies die »größte Steigerung des Verteidigungsetats im letzten Vierteljahrhundert« sei.

► **Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** reagierte auf die Ankündigung mit einer Erklärung, die darauf verweist, dass derzeit mehr als sechzig Millionen Menschen vor Krieg und Not fliehen – die höchste Zahl seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Folgen von Krieg und Gewalt sowie von Angst vor Terror und Radikalisierung bewegten längst auch die deutsche Bevölkerung. Darum müssten sich die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl im kommenden Jahr stärker als bisher diesen Fragen stellen. Angesichts dieser Herausforderungen sei eine Politik erforderlich, »die nicht mit Bedrohungsabwehr und sicherheitspolitischen Maßnahmen reagiert, sondern Prävention und zivile Friedensförderung ins Zentrum stellt«, unterstreicht der SprecherInnenrat der Plattform, die sich als internationale Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure versteht.

► **Auch das Forum Ziviler Friedensdienst** beklagt, dass für Militär immer mehr Geld ausgegeben werde, die Mittel für Diplomatie, für humanitäre Hilfe und Entwicklung hingegen weitgehend stagnieren. »Statt



endlich einer zivilen Friedenspolitik den Vorrang einzuräumen, beteiligt sich die Bundesregierung an einer neuen globalen Aufrüstungsspirale«, heißt es in einem Appell an die Bundestagsabgeordneten. Darin weist das Forum, dem 37 Mitgliedsorganisationen und etwa 130 Einzelmitglieder angehören, auch darauf, dass die Abgeordneten im November endgültig über den Haushalt abstimmen und bis dahin noch Einfluss genommen werden könne.

► **In einem Brief an Verteidigungsministerin von der Leyen** kritisiert die *Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden*, dass Deutschland mit der Aufstockung des Wehretats eindeutige Fakten schaffe. »Diese Mittel werden fehlen, um die wirklichen Ursachen von Krieg und Flucht zu beseitigen«, betont die EAK. Auch werde die Friedenspolitik etwa in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland »nicht ansatzweise in einem vergleichbaren Volumen ausgebaut«. Darum müsse der weiteren Aufrüstung Einhalt geboten und auch die atomare Aufrüstung in Deutschland endlich beendet werden. Statt einer Trendwende hin zur Erweiterung von Bundeswehr und Militärausgaben sei eine Trendwende hin zu nichtmilitärischen Strategien der Prävention und Konfliktbearbeitung erforderlich, heißt es in dem Schreiben, das die EAK-Mitgliederversammlung am 22. September in Mainz beschlossen hat.

► **Eine »Außenpolitik des Friedens ohne militärische Option«** fordert auch die *Arbeitsge-*

meinschaft Dienste für den Frieden (AGDF). Trotz der Misserfolge von militärischen Interventionen in den vergangenen zwanzig Jahren halte die Bundesregierung wie auch die Europäische Union daran fest, mehr Ressourcen in das Militär zu stecken. Nötig sei stattdessen eine Politik, »die auf Verständigung, Dialog und Diplomatie« setze, heißt es in einer Resolution, die der evangelische Friedensverband am 24. September in Bonn verabschiedet hat. Darin äußert sich die AGDF, der 32 friedenspolitische Organisationen und Institutionen angehören, zudem besorgt darüber, dass offenbar bei mehreren EU-Staaten die Absicht bestehe, »die EU-Entwicklungspolitik zu militarisieren, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation«. Hier solle offenbar ein europäischer Verteidigungshaushalt »durch die Hintertür« eingeführt werden.

► **Die Initiative Macht Frieden – Zivile Lösungen für Syrien** (siehe auch Dossier Seite 9), der derzeit 14 Organisationen und Gruppierungen aus der Friedensbewegung angehören, betonte zum diesjährigen Weltfriedenstag am 1. September, »dass nur ein Schweigen der Waffen den Weg zum Frieden« ebnen könne. Durch zivile Konfliktbearbeitung könnten mittel- und langfristige Friedens- und Zukunftsperspektiven entstehen«, heißt es, »zum Beispiel durch einen Stopp von Waffenlieferungen in die Region, durch Maßnahmen zur Aussöhnung und zur Reintegration ehemaliger Kämpfer, durch Demokratie- und Partizipationsprojekte und durch die Förderung von Graswurzel-Friedensinitiativen vor Ort«. ◆

Ökumenische Friedensdekade 2016

Das Motto der diesjährigen ökumenischen Friedensdekade lautet: »Kriegsspuren«. In vielen Beispielen zeigen die Materialien der Friedensdekade auf, wie es gelingen kann, Kriegsspuren in Wege zum Frieden umzuwandeln. Und das nicht nur in Bezug auf zerstörte Gebäude wie etwa die Berliner Gedächtniskirche. Auch die Auseinandersetzung mit kollektiven Traumata und damit das Aufspüren von Kriegsspuren in der eigenen Seele und Familie ist nötig, wie Horst Scheffler, Vorsitzender



► **Ökumenische Friedensdekade:** 6. November bis 16. November, deutschlandweit. Bestellungen und weitere Infos: Tel. 06762/2261; Fax 06762/2995, material@friedensdekade.de, www.friedensdekade.de

der AGDF, in seiner Einleitung deutlich macht: »Es scheint so, dass verborgene Kriegstraumata als wirksame Kriegsspuren auf die krummen Pfade führen, die den Weg des Friedens verfehlen.«

Viele anregende Texte, Predighilfen, Friedensgebete sowie attraktiv gestaltete Aufkleber und Postkarten finden sich in den Materialien zur diesjährigen Friedensdekade. Eine anregendes Paket, um den Blick auf dieses schmerzhaft Thema zu wagen und Mut zur Umkehr zu machen. ◆



FOTO: SAMANTHA STAUBDE (IPRINW)

Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel

Mehr als 100 Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit haben sich in dieser Kampagne gegen den Rüstungsexport zusammengeschlossen. Seit 2010 engagieren sie sich gemeinsam für ein grundsätzliches Verbot deutscher Rüstungsexporte. Die »Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel« kritisiert, dass die deutsche Rüstungsexportpolitik unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle. Sie setzt sich für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle ein. Das Ziel: Im Grundgesetz Artikel 26.2 soll es künftig heißen: »Kriegswaffen

und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.« Mehr als 95.000 Unterschriften wurden bereits an den Bundestag übergeben. Jetzt befasst sich der Petitionsausschuss mit dieser Forderung. Dank der Aktivitäten im Rahmen der Aktion »Legt den Leo an die Kette« konnte der geplante Export von rund 270 Leopard-2-Kampfpanzern nach Saudi Arabien verhindert werden. Das aktuelle Motto: »Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen.«

► **Die Sprecher der Kampagne:**

Jürgen Grässlin DFG-VK, Christine Hoffmann pax christi, Paul Russmann Ohne Rüstung leben.

Ansprechpartner in Friedensfragen

Stellen für Friedensbeauftragte der evangelischen Landeskirchen in Deutschland:

► **Ev. Landeskirche Baden:**

Stefan Maaß, Friedensbeauftragter, Ev. Oberkirchenrat, Blumenstraße 1–7, 76133 Karlsruhe

► **Ev.-luth. Landeskirche Hannover:**

Lutz Krügener, Beauftragter für Friedensarbeit, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Archivstr. 3, 30169 Hannover

► **Ev. Kirche in Hessen und Nassau und**

Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck: Wolfgang Buff, Referent für Friedensbildung, Praunheimer Landstraße 206, 60488 Frankfurt/Main

► **Lippische Landeskirche:**

Christian Brehme, Kirchliche Dienste Frieden Korl-Biegemann-Str. 22, 32657 Lemgo

► **Ev. Kirche der Pfalz:**

Detlev Besier, Arbeitsstelle Frieden und Umwelt Große Himmelsgasse 3, 67346 Speyer

► **Ev.-luth. Kirche in Norddeutschland:**

Julika Koch, Referentin für Friedensbildung, Shanghaiallee 12–14, 20457 Hamburg

► **Ev. Kirche in Mitteldeutschland:**

Eva Hadem, Friedensbeauftragte, Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum, Am Dom 2, 39104 Magdeburg

► **Ev. Kirche in Württemberg:**

Joachim Schilling, Beauftragter für Friedensarbeit und Kriegsdienstverweigerer, Friedenspfarramt, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

► **Ev. Kirche von Westfalen:**

Friedensbeauftragte Superintendentin Meike Friedrich Evangelischer Kirchenkreis Münster, An der Apostelkirche 3, 48143 Münster.

► **Kontakte und weitere Ansprechpartner:**

www.Evangelische-Friedensarbeit.de

Ansprechpartner katholische Kirche:

► **Justitia et Pax:**

Geschäftsstelle Kaiserstr. 161; 53113 Bonn; 0228 103 336/217 justitia-et-pax@dbk.de Berliner Büro Hannoversche Str. 5 10115 Berlin 030 28878 158/157.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax vernetzt kirchliche Akteure, die sich mit internationalen Fragen befassen, erarbeitet Beiträge zur Förderung von Entwicklung, Menschenrechten und Frieden, führt Dialog mit Parlament, Regierung, Parteien und gesellschaftlichen Kräften.

Jetzt kostenlos Probelesen

Die Zeitschrift, die für
eine bessere Welt streitet



Seien Sie mit uns

- mutig
- provokant
- diskussionsfreudig
- engagiert

Alle zwei Wochen in Publik-Forum:

Hintergründe aktueller Entwicklungen aus
Politik, Kirche, Religion und Gesellschaft

Jetzt kostenlos Probelesen:

www.publik-forum.de/dc

Telefon: **06171/7003470**

Ja, schicken Sie mir bitte die nächsten zwei
Ausgaben von Publik-Forum kostenlos zu. Die
Belieferung endet automatisch nach der zweiten
Ausgabe.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

TELEFON

E-MAIL

GEBURTSDATUM

DATUM, UNTERSCHRIFT

20162205

BITTE EINSENDEN: **Publik-Forum Verlagsgesellschaft,**
Postfach 2010, 61410 Oberursel, Telefon: 06171/7003470,
Fax: 06171/700346 oder bestellen Sie Ihre zwei Ausgaben
auf: www.publik-forum.de/dc

FOTO: PAISOTSIOPIMAGANN

Wer will,
dass die Welt so bleibt,
wie sie ist,
der will nicht,
dass sie bleibt

Erich Fried

*Singet dem Herrn
der nie eine Uniform trägt
der nie eine Waffe ergreift
der Tote zum Leben erweckt*

*Singet dem Herrn
der nie einem Fahnentuch traut
der nie an Parolen hängt
der Feinde als Brüder entlarvt*

Kurt Marti

**Finsternis kann keine Finsternis vertreiben
Das gelingt nur dem Licht
Hass kann den Hass nicht austreiben
Das gelingt nur der Liebe
Martin Luther King**